

## BERNSCHNEIDER: Politische Panikmache und Schnellschüsse nach Unicef-Studie sind unangebracht

BERNSCHNEIDER: Politische Panikmache und Schnellschüsse nach Unicef-Studie sind unangebracht <br/> /> cbr /> cbr /> cbr /> Zur aktuell veröffentlichten Studie von UNICEF zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland erklärt der jugendpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Florian BERNSCHNEIDER: <br/>
-Zunächst bleibt festzuhalten, dass Deutschland sich in den fünf objektiv gemessenen Dimensionen der Studie erheblich verbessert hat. So nimmt Deutschland in der Suchtprävention einen Spitzenplatz ein und in der Dimension "Bildung" liegen wir in der Spitzengruppe (Platz drei). <br/> />Die Verschlechterung Deutschlands in der sechsten Dimension, die mit subjektiven Befragungen erhoben wird, gibt Anlass zur Diskussion, sollte aber nicht zu politischen Schnellschüssen verleiten. Dass die Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Spanien und Griechenland Spitzenplätze einnimmt, obwohl in diesen Ländern dramatische Raten von Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet werden, gibt Anlass, die Ergebnisse dieser Dimension kritisch zu reflektieren. Unicef selbst räumt erhebliche zeitliche Verzögerungen in der Datenerfassung ein wie auch eine notwendige, aber fehlende regionale Differenzierung. Auch ein erheblicher Abfall der Lebenszufriedenheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist zu den Vergleichsstudien nicht erkennbar. Während Anfang der 2000er noch knapp über 85 Prozent eine positive Bilanz ihrer Lebenszufriedenheit gezogen haben, ist dieser Wert nun auf knapp unter 85 Prozent gefallen. Wir sollten statistische Fehlertoleranzen nicht zum politischen Skandal aufblähen. Wenn Deutschland nun neun Plätze im Vergleich zur Vorstudie verliert, sollte nicht unberücksichtigt bleiben, dass acht weitere Länder im aktuellen Vergleich hinzugekommen sind. <br/> <br/> />Ohne Frage müssen wir auch diese subjektiv erhobenen Ergebnisse der Studie trotzdem ernst nehmen. Wollen wir aber eine verlässliche Diskussionsgrundlage schaffen, brauchen wir differenziertere Erhebungen für Deutschland, die sowohl die zeitlichen Verzerrungen beseitigen als auch ein regional differenziertes Bild ermöglichen. Das zuständige Bundesministerium der Familie sollte deswegen prüfen, ob eine solche Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in Auftrag gegeben werden kann. <br/> - Studie noch in dieser Legislaturperiode in dieser Legislaturperiode in dieser Legislaturperiode in dieser Legis //www.fdp.de <br/><img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pinr\_=528966" width="1" height="1">

## Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de presse@fdp.de

## Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.